

Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

**Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Wirtschaftsplan 2016**

Beschlussorgan

Rat

Gremium	Datum
Finanzausschuss	09.11.2015
Rat	12.11.2015

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem als Anlage 1 beigefügten Wirtschaftsplan 2016 gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung mit folgender Einschränkung zu: „Aktivitäten der StEB, die Mehrausgaben im städtischen Haushalt zur Folge haben, sind zunächst einzelfallbezogen zwischen der Stadt Köln und den StEB abzustimmen, damit die Verwaltung zu eventuell erforderlichen über- oder außerplanmäßigen Ausgaben des städtischen Haushalts gesonderte Entscheidungen des Rates der Stadt Köln einholen kann.“

Haushaltsmäßige Auswirkungen **Nein**

<input type="checkbox"/> Ja, investiv	Investitionsauszahlungen	_____€	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %
<input type="checkbox"/> Ja, ergebniswirksam	Aufwendungen für die Maßnahme	_____€	
	Zuwendungen/Zuschüsse	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	_____ %

Jährliche Folgeaufwendungen (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr:

a) Personalaufwendungen	_____€
b) Sachaufwendungen etc.	_____€
c) bilanzielle Abschreibungen	_____€

Jährliche Folgeerträge (ergebniswirksam): ab Haushaltsjahr:

a) Erträge	_____€
b) Erträge aus der Auflösung Sonderposten	_____€

Einsparungen: ab Haushaltsjahr:

a) Personalaufwendungen	_____€
b) Sachaufwendungen etc.	_____€

Beginn, Dauer

Begründung

Das Kommunalunternehmen „Stadtentwässerungsbetriebe Köln“, Anstalt des öffentlichen Rechts (StEB) ist nach § 16 der Kommunalunternehmensverordnung (KUV) und gemäß § 10 Abs. 2 der StEB-Satzung in der Fassung der Satzungsnovelle vom 05.11.2009 zur Aufstellung eines Wirtschaftsplans verpflichtet. Dieser besteht aus dem Erfolgs- und Investitionsplan sowie aus einem beigefügten Stellenplan und einer Stellenübersicht entsprechend § 8 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO).

Der Wirtschaftsplan 2016 (siehe Anlage 1) wird gemäß § 7 Abs. 2 der Satzung der StEB dem Rat der Stadt Köln zur Zustimmung vorgelegt.

Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung gemäß § 84 GO und § 19 KUV besteht aus einer Übersicht über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen des Erfolgsplans sowie der Auszahlungen und Deckungsmittel des Vermögensplanes nach Jahren gegliedert; sie ist in den Wirtschaftsplan einzubeziehen. Ihr ist ein Investitionsprogramm zugrunde zu legen. Die Ergebnis- und Finanzplanung ist der Gemeinde zur Kenntnis zu geben. Die Gemeinde hat ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung zu Grunde zu legen und in den Haushaltsplan einzubeziehen. Das erste Planungsjahr ist das laufende Haushaltsjahr. Die Ergebnis- und Finanzplanung für die dem Haushaltsjahr folgenden drei Planungsjahre soll in den einzelnen Jahren ausgeglichen sein. Sie ist mit der Haushaltssatzung der Entwicklung anzupassen und fortzuführen.

§ 10 Abs. 2 der Satzung der StEB regelt, dass dem Wirtschaftsplan eine detaillierte Spartenrechnung beizufügen ist. Aufgrund der aktuellen Betätigungsfelder der StEB sind für 2016 folgende Sparten auszuweisen:

- Abwasser
- Hochwasserschutz

- sonstige Gewässer
- Betriebsführung für den Wasser und Bodenverband Wahn (WBV Wahn)
- Straßenentwässerung operativ
- Straßenentwässerung investiv
- Leistungen für Dritte

Damit enthält der Wirtschaftsplan 2016 insgesamt sieben Sparten. Die Bereiche Hochwasserschutzzentrale, konstruktiver Hochwasserschutz und betrieblicher Hochwasserschutz sind aus organisatorischen Gründen in einer Sparte zusammengefasst worden.

Seit dem 01.01.2010 werden die Investitionen für die Sparte sonstige Gewässer von den StEB wirtschaftlich umgesetzt und getragen. D. h. zu den bislang geplanten operativen Kosten fallen auch die Investitionen mit Abschreibungen und Zinsaufwand aus der Aktivierung bzw. Finanzierung an.

Seit dem 01.07.2014 haben die StEB von der Stadt Köln große Teile der investiven Straßenentwässerung übernommen. Dabei handelt es sich um alle Straßenentwässerungsanlagen (u. a. Pumpanlagen und Sickergruben) außer den Straßeneinläufen/Sinkkästen und deren Anschlussleitungen. Die größten Kostenpositionen werden die Abschreibungen und Zinsen darstellen.

Aufgrund der Aufgabenübertragungen und den hierzu - zwischen der Stadt Köln und den StEB - abgeschlossenen Verträgen ist die Stadt Köln gegenüber den StEB zu Kostenerstattungen verpflichtet. In der vorliegenden Planung für das Geschäftsjahr 2016 wurden diese Beträge bei den einzelnen Aufgabenbereichen wie folgt veranschlagt:

Hochwasserschutz	8,03 Mio. €
sonstige Gewässer	2,12 Mio. €
Straßenentwässerung investiv	0,12 Mio. €
In Summe	10,27 Mio. €

Bei dem Erfolgsplan handelt es sich um eine Aufstellung aller voraussehbaren Erträge und Aufwendungen des Wirtschaftsjahres. Der Erfolgsplan 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss von 17,1 Mio. € ab.

Abwassergebühren

Bei der Planung der Umsatzerlöse in der Sparte Abwasser wird für das Geschäftsjahr 2016 mit konstanten Gebührensätzen geplant. Die Gebührensätze betragen in 2016 weiterhin für Schmutzwasser 1,58 € / m³ und für Niederschlagswasser 1,31 € / m² befestigte Fläche.

	Satz		Mengen		Gebühr	
	2015	2016	2015	2016	2015	2016
Schmutzwasser:	1,58 €	1,58 €	118,15 m ³	118,15 m ³	186,68 €	186,68 €
Niederschlagswasser	1,31 €	1,31 €	110,61 m ²	110,13 m ²	144,91 €	144,28 €
Kanalbenutzungsgebühr:					331,59 €	330,96 €

Verglichen mit dem Jahr 2015 reduziert sich der Kölner Musterhaushalt aufgrund von leicht gesunkenen privaten versiegelten Flächen leicht um 0,63 € (- 0,19 %).

Gegenüber dem Jahr 1995 ist die Belastung des 2016er-Musterhaushalts um 3,54 € niedriger.

In der Sitzung des Verwaltungsrates am 09.05.2008 wurde eine Kalkulationsgrundlage für die Kanalbenutzungsgebühren vorgestellt. Nach dieser Grundlage sollen rund 50% der Kostenschere zwischen handelsrechtlicher Betrachtung und der Gebührenkalkulation nach dem Kommunalabgabengesetz (KAG) als handelsrechtlicher Gewinn und die restlichen 50% der Kostenschere als kalkulatorisches Minus in der Gebührenrechnung angesetzt werden. Somit wird die Kanalbenutzungsgebühr subventioniert.

Dieser Beschluss wird auch für das Jahr 2016 eingehalten.

Die Details zur Abwassergebührensatzung 2016 sind der ebenfalls zu dieser Sitzung vorliegenden Beschlussvorlage mit Anlagen zu entnehmen.

Der Investitionsplan 2016 stellt einzelmaßnahmenbezogen das Investitionsprogramm dar, die operativen Kosten werden getrennt ausgewiesen.

Im Abwasserbeseitigungskonzept (ABK) hingegen werden einzelmaßnahmenbezogen die Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahme ausgewiesen, d.h. die Summe der investiven und operativen Bestandteile.

Der Bericht zum ABK ist somit ein fachspezifischer Auszug und Darstellung in Hinblick auf die wasserwirtschaftlich relevanten Maßnahmen zur Erfüllung der Abwasserbeseitigungspflicht und ist zur Einhaltung der aktuellen rechtlichen Vorgaben zwingend.

Kostendarstellungen zu Maßnahmen im Wirtschaftsplan und im ABK sind somit differenziert zu betrachten.

Wird beispielsweise bei einer Kanalsanierung der vorhandene Kanal zum Teil erneuert und zum Teil repariert, so werden die Kosten der Erneuerungen über das Investitionsprogramm veranschlagt und die Kosten der Reparatur über den operativen Erfolgsplan.

Mittelverwendung:

Die Investitionen der Sparten (Anlage 2: IVP) stellen sich wie folgt dar:

Abwasser	57,38 Mio. €
Hochwasser	1,89 Mio. €
sonstige Gewässer	1,52 Mio. €
<u>Straßenentwässerung investiv</u>	<u>6,63 Mio. €</u>
In Summe	67,42 Mio. €

Aus der Finanzierungstätigkeit der StEB besteht die Verpflichtung zur

Tilgung Bankkredite	137,00 Mio. €
Gewinnausschüttung 2015	11,33 Mio. €
<u>Auszahlungen von Rückstellungen</u>	<u>1,00 Mio. €</u>
In Summe	149,33 Mio. €
Summe Mittelverwendung	216,75 Mio. €

Mittelherkunft:

Auflösung von Baukostenzuschüssen	- 8,79 Mio. Euro
Abschreibungen	73,22 Mio. Euro
Zuschüsse	0,36 Mio. Euro
Jahresüberschuss gem. Erfolgsplan 2016	17,14 Mio. Euro
<u>Kredite (zur Refinanzierung Bankkredite)</u>	<u>134,82 Mio. Euro</u>
Summe Mittelherkunft	216,75 Mio. Euro

Im fünfjährigen Finanzplan (Anlage 2: IVP) sind die dort angesetzten Jahresüberschüsse für die Jahre 2017 bis 2019 auf der Basis einer moderaten Preissteigerung von ca. 2 % p. a. und einem über dem langjährigen Durchschnitt liegenden Investitionsvolumen ermittelt worden.

Kreditermächtigungen

Gemäß Beschluss vom 28.04.2010 ermächtigt der Verwaltungsrat den Vorstand der Stadtentwässerungsbetriebe Köln innerhalb der Grenzen des Wirtschaftsplans für alle abzuschließenden Kreditgeschäfte ab 2010, Kredite in wirtschaftlich sinnvollen Tranchen auch über 5 Mio. € aufzunehmen.

Der Verwaltungsrat ist nachträglich über den Umfang der Geschäfte zu informieren.

Besondere Regelung

Aus den Betätigungen der StEB in den Bereichen des Hochwasserschutzes, der sonstigen Gewässer, der Straßenentwässerung investiv sowie z. T. auch aus den Investitionen im Abwasserbereich ergeben sich Auswirkungen auf den städtischen Haushalt, die im jetzigen Planungsstadium nicht exakt quantifiziert werden können. Damit die StEB in diesen Fällen die nötige Planungssicherheit erhält – gleichzeitig aber die Kostenerstattungen der Stadt limitierbar bleiben – wird im Beschlussvorschlag des Rates vorgesehen, dass die Zustimmung des Rates zum Wirtschaftsplan der StEB dahingehend eingeschränkt wird, „dass Aktivitäten der StEB, die Mehrausgaben im städtischen Haushalt zur Folge haben, zunächst einzelfallbezogen zwischen der Stadt Köln und den StEB abzustimmen sind, damit die Verwaltung zu eventuell erforderlichen über- oder außerplanmäßigen Ausgaben des städtischen Haushalts gesonderte Entscheidungen des Rates der Stadt Köln einholen kann.“

Risiken

- Kanalbenutzungsgebühren:
Die Unsicherheit bei den Kanalbenutzungsgebühren besteht in der Frischwasserbezugsmenge. Eine Reduktion der Frischwassermenge, die zu einer Menge von weniger als 63,0 Mio. m³ führt, würde eine weitere Umsatzreduzierung ergeben.
- Gewinnausschüttung an die Stadt Köln in 2016:
Durch eine Gewinnausschüttung von 10 bis 13 Mio. € pro Jahr müssen zusätzliche Kredite aufgenommen werden.

Zinssätze:

Aufgrund der Finanzkrise sind die aktuellen Zinssätze äußerst niedrig. Für die Verbindlichkeiten auf den Kontokorrentkonten sind Planzinssätze inkl. Marge zwischen 0,5 % - 1,5 % angenommen worden.

Sollte sich die wirtschaftliche Lage in Europa deutlich verbessern und es zu einer höheren Inflation kommen, könnte die EZB, aufgrund ihrer Preisstabilisierungspolitik, den Leitzins erhöhen. Dadurch könnte es für die StEB, insbesondere auf den Kontokorrentkonten, zu höheren Zinssätzen kommen. Aus der heutigen Sicht wird dieser Fall als eher unrealistisch eingeschätzt.

Die StEB haben SWAP Verträge zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos abgeschlossen. D.h. die StEB bezahlen einen fixen Zinssatz und erhalten von dem SWAP-Partner den 3M-Euribor. Mit Beginn der Laufzeit wurde ein passender 3M-Euribor Kredit abgeschlossen.

Aufgrund des seit Ende April 2015 negativen 3M-Euribor würde sich der fixe Zinssatz erhöhen. Im Normalfall ist dann unproblematisch, wenn von der kreditgebenden Bank ebenfalls der 3M-Euribor als negativer Zins ausgezahlt würde bzw. die Marge des 3M-Euribor-Kredits größer ist als der 3M-Euribor-Zinssatz negativ ist. Sollte die kreditgebende Bank den 3M-Euribor bei 0 % nach unten begrenzen, wären die Zahlungsströme nicht zu 100% deckungsgleich. Dies würde zu einer erhöhten Zinsbelastung der StEB führen. Bei dem aktuellen 3M-Euribor (- 0,024 %) ergäben sich für 2016 eine Mehrbelastung von knapp 40 T€ (0,15 % gemessen am gesamten Finanzergebnis der StEB).

Der Verwaltungsrat der StEB hat den Wirtschaftsplan 2016 - vorbehaltlich der Zustimmung des Rates der Stadt Köln - in seiner Sitzung am 30.09.2015 beschlossen.

Anlagen

Anlage 1: Wirtschaftsplan 2016